

Volkswirtschaftslehre – Grundlagen der VWL – Übung

Aufgabe:

Lesen Sie die jeweils kontroversen Texte. Überprüfen Sie die vorgebrachten Argumente. Wägen Sie ab und diskutieren Sie in der Gruppe Pro- und Contra-Positionen. Stellen Sie abschließend das Ergebnis Ihrer Diskussion vor. Versuchen Sie bei Ihrer Präsentation „Tatsachen“ von „Meinungen“ zu trennen.

Zeitvorgabe: Lesen 10 Minuten – Diskussion 20 Minuten – Präsentation (je) 5 Minuten

Gespaltenes Verhältnis: Der Staat als Unternehmer – Wo er es gut macht und wo er scheitert (1) VERSORGUNG UND SERVICE

PRO: Die Bürger schätzen den Staat als Dienstleister	CONTRA: Private gelten als effektiver und näher am Kunden
<p>Kommunen, die vor 25 Jahren in den ersten Privatisierungswellen begannen, ihre Stadtwerke, Betriebe für Verkehr, Müllentsorgung, Sozialwohnungen oder Krankenhäuser zu verkaufen, mischen sich heute wieder stärker ein: Lokalpolitikern scheint bewusst zu werden, dass die Bürger – und um die geht es ja – bei grundlegenden Gütern und Dienstleistungen im Sinne der Daseinsvorsorge am liebsten vom Staat versorgt werden wollen. Laut einer Umfrage von TNS Emnid brachten 81 Prozent der Befragten ihren örtlichen Stadtwerken „eher Vertrauen als Misstrauen“ entgegen. 65 Prozent vertrauen Sparkassen, privaten Banken dagegen nur 36 Prozent. Konzernen vertrauen pauschal nur 26 Prozent der Befragten, Politikern nur 14.</p>	<p>Was Versorgungsbetriebe leisten, wenn man sie auf Effizienz trimmt (und was nicht), lässt sich in der Hauptstadt beobachten: Die Berliner Wasserbetriebe, zur Hälfte privatisiert, liefern dem Land und den privaten Eigentümern RWE und Veolia stabil hohe Renditen – auch weil ihre Kunden im Bundesvergleich recht hohe Preise zahlen. Berlins Bürger sammelten Unterschriften für ein Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge, da bisher geheim ist, wie viel genau die Privaten mit Berliner Wasser verdienen.</p>
<p>Bei dem vielleicht existenziellsten Gut, dem Trinkwasser, ist es besonders deutlich: Hier wünschen 75 Prozent nicht, dass die Versorgung von Privaten übernommen wird.</p>	<p>Viel klarer sind die Verhältnisse bei den komplett privatisierten Versorgern: Der Gaskonzern Gasag gibt heute zwar gut einem Drittel weniger Menschen Arbeit als vor zehn Jahren, dafür macht er Millionengewinne, die er vor allem in Berlin reinvestiert.</p>
<p>Auch ähnliche Umfragen legen nahe, dass Bürger wissen, dass Unternehmen in öffentlicher Hand im Zweifel nicht effektiv wirtschaften. Für die Mehrheit scheint Profitabilität aber nachrangig. Sie wollen Vertrauen, sie wollen, dass Gewinne in ihrer Region bleiben und nicht bei Aktionären in Übersee. Und sie wollen verantwortliche Ansprechpartner vor Ort. Länder und Kommunen erhalten sich als Unternehmer auch Handlungsspielräume: Gewinne, die in Krankenhäusern oder bei Energieversorgern anfallen, können in Schwimmbäder oder Bahnlinien am Stadtrand investieren werden, die fast überall chronisch defizitär sind. kph</p>	<p>Er baut sein Angebot mit Energiedienstleistungen aus, investiert in Bioenergie, bohrt nach Erdwärme, fördert Sport und Kultur. Ob die Gasag heute – wäre sie noch in Landeshand – so stark nach kreativen Lösungen und Kundenkontakt suchen würde, um im Wettbewerb zu bestehen, ist fraglich.</p>
	<p>Auch das Strom- und Wärmeunternehmen Vattenfall gilt heute als kundennäher als zu Bewag-Zeiten und hat sich auch in der Energieerzeugung nicht aus der Region zurückgezogen. Vattenfall ist weiter einer der größten Arbeitgeber. Auch die Strompreise sind in der Hauptstadt, bei allem Unmut über die jüngste Erhöhung, eher moderat. Die Gewinne, die Vattenfall heute dank schlanker Struktur erwirtschaftet, bleiben auch nach Steuerabzug in der Hand des Staates – allerdings in der des schwedischen. kph</p>

Volkswirtschaftslehre – Grundlagen der VWL – Übung

Aufgabe:

Lesen Sie die jeweils kontroversen Texte. Überprüfen Sie die vorgebrachten Argumente. Wägen Sie ab und diskutieren Sie in der Gruppe Pro- und Contra-Positionen. Stellen Sie abschließend das Ergebnis Ihrer Diskussion vor. Versuchen Sie bei Ihrer Präsentation „Tatsachen“ von „Meinungen“ zu trennen.

Zeitvorgabe: Lesen 10 Minuten – Diskussion 20 Minuten – Präsentation (je) 5 Minuten

Gespaltenes Verhältnis: Der Staat als Unternehmer – Wo er es gut macht und wo er scheitert (2) FINANZIERUNG

PRO: Die Kommune verdient und nicht der Konzern	CONTRA: Freie Bahn für höhere Preise
<p>Die Kommunen brauchen Geld – und das verdient man am besten, indem man Geschäfte tätigt. Zum Beispiel mit Energienetzen, wie sich das etwa die Politiker des Berliner Senats vorstellen. Wenn in den nächsten Jahren die Konzessionsverträge auslaufen, dann könnte das Land Berlin die Netze von der Gasag und Vattenfall übernehmen. Die Kalkulation für dieses Geschäft ist recht banal: Für einen Kommunalkredit, den das Land aufnehmen müsste, um die Netze finanzieren zu können, sind (zumindest aktuell) rund zwei Prozent Zinsen zu zahlen. Die Netze selbst brächten aber nach einer Rechnung der SPD eine Rendite von sechs bis sieben Prozent. Kann man leichter Geld verdienen? Ein Teil der Gewinne aus der Stromversorgung fließen also nicht mehr in ferne Konzernzentralen – die Vattenfall-Mutter sitzt in Stockholm –, sondern kann in Berlin ausgegeben werden.</p> <p>Bundesweit laufen übrigens zwischen 2011 und 2015 etwa 1000 Konzessionsverträge aus – da wird sich so manche Kommune noch ins mutmaßlich profitable Spiel mit den Netzen bringen. Ungefähr nach dem Vorbild des Rheingau-Taunus-Kreises, in dem sechs Kommunen ein Stromnetz übernehmen wollen und dabei eine Rendite auf das eingesetzte Kapital von 8,6 Prozent erwarten. Es gibt auch andere Bereiche: In Freiburg holte die Stadt den Reinigungsdienst zunehmend zurück in ihre Regie, organisierte um und spart nun im Ergebnis 800 000 Euro pro Jahr. Hannover machte die Privatisierung von Prüfstatikern teilweise rückgängig – das kommt die Stadt rund 30 Prozent günstiger. alf</p>	<p>Was für ein Wahnsinn. Da kommt ein halbes Dutzend Stadtwerke von hoch verschuldeten Ruhrgebietskommunen und kauft für einen wahrscheinlichen Komplettpreis von mehr als 1,2 Milliarden Euro den fünftgrößten deutschen Stromversorger Steag. Damit nicht genug: Die Kohlekraftwerke der Steag müssen modernisiert werden. Woher kommen die dafür erforderlichen Milliarden in den kommenden Jahren? Seit wann haben die Kommunen Geld? Oder agieren sie am Ende wie eine Heuschrecke und belasten das übernommene Unternehmen, also die Steag, mit den Kreditschulden? Die deutschen Kommunen sind so klamm wie noch nie – und treten dennoch als Großinvestoren auf.</p> <p>Woher nehmen die Städte und Gemeinden das Geld für Zinsen und Tilgung, wenn nicht von ihren Bürgern? Steigen am Ende also eher die Preise für die kommunalen Dienstleistungen, wie das immer der Fall ist, wenn es ein Monopol oder Oligopol gibt? Wie war das mit den Wasserpreisen in Berlin in den 90er Jahren, gab es damals nicht einen Preisanstieg um mehr als 100 Prozent? In jener Zeit gehörten die Wasserbetriebe noch dem Land Berlin, heute würden die Senatspolitiker sie gerne zurückkaufen. Höhere Preise sind wahrscheinlicher als niedrige? Beim Wasserversorger in Wetzlar kritisierten die Kartellbehörden den Wasserpreis des weitgehend privaten Unternehmens als deutlich zu hoch. Der Wasserversorger ging dann in kommunale Hand über und entzog sich dadurch der Preisaufsicht der Kartellbehörden: Jetzt darf das Wasser wieder teurer werden. alf</p>

Volkswirtschaftslehre – Grundlagen der VWL – Übung

Aufgabe:

Lesen Sie die jeweils kontroversen Texte. Überprüfen Sie die vorgebrachten Argumente. Wägen Sie ab und diskutieren Sie in der Gruppe Pro- und Contra-Positionen. Stellen Sie abschließend das Ergebnis Ihrer Diskussion vor. Versuchen Sie bei Ihrer Präsentation „Tatsachen“ von „Meinungen“ zu trennen.

Zeitvorgabe: Lesen 10 Minuten – Diskussion 20 Minuten – Präsentation (je) 5 Minuten

Gespaltenes Verhältnis: Der Staat als Unternehmer – Wo er es gut macht und wo er scheitert

3) INFRASTRUKTUR

PRO: Straßen für alle	CONTRA: Das öffentliche Eigentum verfällt
<p>Würde ein privater Unternehmer Berlins Mitte umgraben, um eine neue U-Bahn-Linie zu bauen? Würde ein Konzern auf die Idee kommen, Wasserleitungen in einem Neubaugebiet zu verlegen, ein dichtes Netz von Krankenhäusern zu knüpfen, einen Hochseehafen zu errichten? Kaum. In vielen Märkten könnten private Firmen nur theoretisch staatliche Betreiber ersetzen. Beispiel Straßenbau: Allenfalls Autobahnen und Bundesstraßen zwischen Städten mit viel Verkehr ließen sich privat bauen und unterhalten, für Landstraßen oder Feldwege wären kaum Investoren zu finden. Kanäle für die Binnenschifffahrt durch die Landschaft zu schneiden, ist so teuer, dass sich kaum ein Investor finden würde.</p> <p>Und wenn, würde er von den Schiffern sehr hohe Benutzungsgebühren verlangen.</p> <p>Wasserbetriebe sind in der Regel in der Hand von Kommunen; sie können Investitionen günstiger finanzieren als ein Unternehmen. Und hinter ihnen stehen gewählte Politiker. Die dürfen nicht nur die Finanzen im Kopf haben. Sie müssen auch dafür sorgen, dass Menschen, die sich für ein Leben jenseits der Städte entscheiden, Zugang zu Infrastruktur haben – dass sie telefonieren können, Strom haben, ein Schwimmbad in erreichbarer Nähe ist oder die Feuerwehr zur Not binnen weniger Minuten zum Löschen kommt. Was geschieht, wenn nicht nur der Staat, sondern auch der Druck des Marktes eine Rolle spielt, ist bei der Eisenbahn zu besichtigen: Zwischen 1990 und 2008 ist das deutsche Schienennetz um ein Sechstel geschrumpft, vor allem weil unrentable Nebenstrecken stillgelegt wurden. brö</p>	<p>Ein tiefes Schlagloch hat vergangenen Freitag auf einer Hauptverkehrsstraße in Braunschweig fünf Autos zur Strecke gebracht – sie mussten mit Reifen- und Achsschäden in die Werkstatt. Mehrere Autobahnen mussten zudem gesperrt werden, die Krater im Asphalt waren schlicht zu gefährlich. Das Winterchaos bei der S-Bahn und den ICE-Zügen begann Anfang Dezember, nachdem zahllose Weichen und Signale mangels Heizung eingefroren waren. Ohnehin kämpft die Eisenbahn seit Jahren gegen den Verfall: Züge sind auf vielen Strecken heute länger unterwegs als noch vor 20 Jahren – das marode Gleisnetz zwingt die Lokführer zu Bummeltempo. Dass staatlicher Besitz keine Garantie für eine einwandfrei funktionierende Infrastruktur ist, zeigen ohnehin die Berliner Schulen mit 40 Jahre alten Toiletten und maroden Dächern, die baufälligen Schwimmbäder und herunter gekommenen Bibliotheken.</p> <p>Der Staat setzt falsche Prioritäten, gibt sein Geld lieber für Prestigeprojekte von zweifelhaftem Nutzen aus – neue Museen, Ministerien oder Bahnhöfe.</p> <p>Dabei gibt es Alternativen: Baukonzerne würden lieber heute als morgen neue Autobahnen asphaltieren und betreiben. Im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften gibt es das bereits – die neue Autobahn 4 bei Eisenach etwa hat ein französischer Konzern errichtet und bekommt dafür 30 Jahre lang die Einnahmen aus der Lkw-Maut. Private bauen rascher als der Staat, das nützt der Volkswirtschaft insgesamt. Auch für Schulen und sogar für Justizvollzugsanstalten gibt es dieses Modell. brö</p>

Volkswirtschaftslehre – Grundlagen der VWL – Übung

Aufgabe:

Lesen Sie die jeweils kontroversen Texte. Überprüfen Sie die vorgebrachten Argumente. Wägen Sie ab und diskutieren Sie in der Gruppe Pro- und Contra-Positionen. Stellen Sie abschließend das Ergebnis Ihrer Diskussion vor. Versuchen Sie bei Ihrer Präsentation „Tatsachen“ von „Meinungen“ zu trennen.

Zeitvorgabe: Lesen 10 Minuten – Diskussion 20 Minuten – Präsentation (je) 5 Minuten

Gespaltenes Verhältnis: Der Staat als Unternehmer – Wo er es gut macht und wo er scheitert

4) ARBEITSPLÄTZE

PRO: Abbau Ost, Abbau West	CONTRA: Konkurrenz belebt das Geschäft
<p>Ob Lufthansa, die Bundespost, Bundesbahn, der Energiekonzern Veba oder die Bundesdruckerei – in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat der Staat zahlreiche Unternehmen und ehemalige Behörden an Private verkauft oder das Verfahren auf den Weg gebracht. Und was ist die Folge? 600 000 Arbeitsplätze sind zwischen 1990 und 2006 verloren gegangen – zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Energie, Post, Bahn, Telekommunikation, Krankenhäuser, Abfallwirtschaft – überall habe es Stellenabbau gegeben, die Arbeitsbedingungen hätten sich verschlechtert. Die Hoffnung, durch die Marktöffnung neben mehr Wettbewerb mehr Arbeitsplätze bei neuen Konkurrenten zu schaffen, habe sich nicht erfüllt.</p> <p>Beispiel Eisenbahn: 275 000 Arbeitsplätze sind den Gewerkschaftsforschern zufolge bei Bundes- und Reichsbahn seit 1990 gestrichen worden, fast 130 000 bei der Energie- und Wasserwirtschaft.</p> <p>Mehr noch: Bei den verbliebenen Unternehmen habe die Lohnentwicklung nicht mit der in anderen Bereichen mithalten können. Eine gespaltene Tariflandschaft sei die Folge: Auf der einen Seite die Arbeitnehmer der nach wie vor mächtigen Ex-Staatskonzerne, auf der anderen Seite die Belegschaften der neuen Konkurrenten, die mit mageren Löhnen vorlieb nehmen müssen. Tatsächlich findet Wettbewerb etwa im Bahn-Regionalverkehr vor allem über die Löhne statt. Die Gewerkschaften versuchen derzeit mühsam, von den Privaten eine ähnliche Bezahlung zu erstreiten wie beim Staatskonzern. brö</p>	<p>Nur eines könne sich die Republik leisten, mahnte weiland Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD): die Bundeswehr oder die Bundesbahn. Über Jahrzehnte verbrannte die Behörde das Geld geradezu, zeitweise waren die Personalkosten so hoch wie der gesamte Umsatz. Die Bundesbahn war eine Welt für sich, mit allerlei Annehmlichkeiten für die Mitarbeiter – und zugleich dürftigem Service- und Qualitätsniveau. In anderen Staatsbetrieben war es ähnlich, oft gönnten sich die Behörden beispielsweise eigene Erholungswerke. Zahlen mussten zu Monopolzeiten ja der Kunde und der Steuerzahler.</p> <p>Damit ist es vorbei: Dank des Wettbewerbs können die Verbraucher unter zahllosen Telefonunternehmen wählen, können Briefe und Pakete auch ohne die Deutsche Post befördern lassen oder einfach per Postkarte den Stromlieferanten wechseln.</p> <p>Das alles hat tausende Stellen und zugleich die Preise ins Rutschen gebracht. Was die Privatisierungswelle für den Arbeitsmarkt und die Gesamtwirtschaft bislang bedeutet, hat, ist zwar schwer zu messen. Wenn aber der Staat und die Bürger sparen, weil sie keine aufgeblähten und schwer fälligen öffentlichen Betriebe mehr finanzieren müssen, können sie ihr Geld für andere Waren und Dienstleistungen ausgeben. Oder müssen weniger Schulden machen. Das schafft wiederum Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze an anderer Stelle – und kompensiert die Job-Verluste bei den Staatsbetrieben. Freilich nur, wenn tatsächlich Wettbewerb entsteht und nicht ein staatliches Monopol durch ein privates ersetzt wird. brö</p>

Volkswirtschaftslehre – Grundlagen der VWL – Übung

Aufgabe:

Lesen Sie die jeweils kontroversen Texte. Überprüfen Sie die vorgebrachten Argumente. Wägen Sie ab und diskutieren Sie in der Gruppe Pro- und Contra-Positionen. Stellen Sie abschließend das Ergebnis Ihrer Diskussion vor. Versuchen Sie bei Ihrer Präsentation „Tatsachen“ von „Meinungen“ zu trennen.

Zeitvorgabe: Lesen 10 Minuten – Diskussion 20 Minuten – Präsentation (je) 5 Minuten

Gespaltenes Verhältnis: Der Staat als Unternehmer – Wo er es gut macht und wo er scheitert

5) UMWELT

PRO: Lokal verankerte Stadtwerke arbeiten nachhaltiger	CONTRA: Weltkonzerne können wirklich etwas bewegen
<p>Laut einer Umfrage glauben 60 Prozent der Deutschen, dass sich Stadtwerke in kommunaler Hand stärker für den Ausbau erneuerbarer Energien engagieren. Nur 24 Prozent nehmen an, dass Energiekonzerne das stärker tun. Ob das stimmt, ist kaum empirisch zu belegen – zumal viele Versorger eine gemischte Eigentümerstruktur haben. Tatsache ist aber, dass viele der 1800 Unternehmen, die im Branchenverband BDEW organisiert sind, einfach zu klein sind, um große, dreckige Kohle- oder gar Atomkraftwerke zu betreiben.</p> <p>Stadtwerke setzen überdurchschnittlich oft auf Gaskraftwerke, die sauberer Strom erzeugen. Zudem nutzen viele dieser Anlagen das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung, um zugleich Wärme zu produzieren. Das gilt als ökologisch und ökonomisch sinnvoll, sofern der Versorger viele Kunden in Standortnähe hat, die er mit Strom und Wärme beliefern kann. 2009 erzeugten kommunale Unternehmen nach Angaben ihres Verbandes VKU aber nur gut sieben Prozent direkt aus erneuerbaren Energiequellen – das war unterdurchschnittlich.</p> <p>Die Stärke der Versorger in öffentlicher Hand bei der Nachhaltigkeit liegt vor allem in ihrer guten Vernetzung vor Ort: Sie sind langfristiger engagiert und setzen eher Klimaschutzmaßnahmen um, die die Lokalpolitik beschließt. Das hat das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie in einer großen Studie vor zwei Jahren herausgefunden. Klimaschutz zähle heute neben Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit zu den wichtigsten Zielen kommunaler Versorger. kph</p>	<p>Dass Industrieunternehmen zum Umweltschutz gezwungen werden müssen, mag in Einzelfällen stimmen. Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat aber auch bei vielen privaten Unternehmen ein Umdenken eingesetzt. Die größten Dax-notierten Unternehmen legen wie selbstverständlich jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht vor. Den benutzen sie als Marketinginstrument zur grünen Imagepflege, sehr oft stecken hinter den dort aufgeführten Aktionen auch ökonomisch sehr sinnvolle Aktionen: Angesichts stetig steigender Rohstoffpreise sind Unternehmen tatsächlich bemüht, Energie zu sparen.</p> <p>Bayer, Siemens, die Deutsche Bank und mehrere Dutzend weiterer Konzerne haben sich schon vor zehn Jahren im Dialogforum Econsense zusammengeschlossen, das vom Bundesverband der Deutschen Industrie getragen wird. Was zunächst eher wie eine Symbolveranstaltung anmutete, entwickelt sich nach und nach zur Tauschbörse für nachhaltige Ideen.</p> <p>2008 überraschte dann der weltgrößte Rückversicherer Munich Re mit einer Idee, die so nur die Industrie stemmen kann: das Wüstenstromprojekt Desertec, bei dem bis 2050 rund 400 Milliarden Euro investiert werden sollen, um in den Wüsten der Sahara im großen Stil sauberen Strom zu erzeugen. Mittlerweile sind mehr als 30 schlagkräftige Unternehmen aus einer Handvoll Ländern mit an Bord, um das Konzept voranzutreiben. Munich Re hofft, dass bei einer Umsetzung sich das Klima erholt, Katastrophen weniger werden. Andere wollen ihre Technologien erproben und verkaufen. kph</p>